

BLICKPUNKT PLENUM

24. bis 26. Januar 2017

Informationen der **SPD**-Nordhessenrunde
im Hessischen Landtag



So viel Sicherheit wie nötig - so viel Freiheit wie möglich

Wir wollen und brauchen keine Bürgerwehren in unserem Land! Große Sorgen macht uns, dass seit der Silvesternacht 2015 in Köln immer mehr Menschen einen kleinen Waffenschein beantragen. Feige Attentate dürfen unsere Demokratie und unsere gemeinsamen Werte nicht zerstören. Wir wollen in einer offenen, toleranten, freien Gesellschaft leben mit so viel Sicherheit wie nötig und so viel Freiheit für den Einzelnen wie möglich. Die feine Balance zwischen Freiheit und Sicherheit muss gewahrt bleiben. Reflexartige Forderungen nach noch schärferen Gesetzen sind kein Allheilmittel, denn im ersten Schritt muss überprüft werden, ob die bestehenden Gesetze auch vollzogen wurden. Erst dann sollte über weitere erforderliche Schritte nachgedacht werden.

Entscheidend aber ist, dass Polizei und Justiz ihre wichtigen Aufgaben nur mit ausreichendem Personal erfüllen können, das gut ausgebildet und hoch motiviert ist. Die Justiz war jahrelang ein ‚Steinbruch‘ dieser Landesregierung. Mit der sogenannten ‚Operation Düstere Zukunft‘ wurden ab dem Jahr 2003 zunächst 800 und später weitere 400 Stellen gestrichen.

Erheblicher Personalabbau und ständig wachsende Aufgaben der Polizei sind Ursachen für die sehr hohe Belastungssituation bei den Bediensteten. Trotz eines immensen und vorhersehbareren Aufgabenzuwachses haben der damalige Innenminister Bouffier und die CDU-geführten Landesregierungen in den Jahren 2001 bis 2009, 720 Vollzugsstellen und weitere 600 Stellen im Tarifbereich abgebaut. Der unter konservativer Regierungsverantwortung über Jahre vollzogene Aderlass hat negative Folgen, die von Tag zu Tag deutlicher sichtbar werden.

Unsere Polizei verdient den Respekt der Politik

Auf Antrag der SPD hat der Landtag darüber debattiert, was nötig ist, um die Polizei im Land besser auszustatten und wieder zu motivieren. Wir kritisieren, dass die CDU-geführten Landesregierungen das Fundament der hessischen Polizei als Garant für die öffentliche Sicherheit grob vernachlässigt hat. Die Bürgerinnen und Bürger sind tief verunsichert, nicht nur wegen der Gefahr terroristischer Anschläge, sondern auch weil durch Alltagskriminalität –zum Beispiel Diebstähle oder Wohnungseinbrüche– das subjektive Sicherheitsgefühl beeinträchtigt wird. Bürgerinnen und Bürger haben das Recht, unabhängig von ihrer persönlichen Situation und ihren finanziellen Verhältnissen umfassend vor Kriminalität geschützt zu werden.

Wir danken der hessischen Polizei ausdrücklich für den engagierten Dienst, auch unter sehr schwierigen Rahmenbedingungen. Die Arbeit der Beamtinnen und Beamten geht deutlich über die reine Pflichterfüllung hinaus und dient der Sicherheit und damit auch der Demokratie in unserem Land. Aber der Dienst am Limit und darüber hinaus ist inzwischen zu einem Dauerzustand bei der hessischen Polizei geworden. Unter den Beamtinnen und Beamten, die Tag für Tag unsere Sicherheit garantieren, herrscht mittlerweile eine extreme Unzufriedenheit. Die demotivierenden und demoralisierenden Bedingungen, unter denen die Polizei in Hessen arbeiten muss, sind das Ergebnis von Desinteresse und Gleichgültigkeit der diversen CDU-geführten Landesregierungen und der CDU-Innenminister, die seit 1999 im Amt waren. Und dabei muss an erster Stelle von den Versäumnissen aus der Ära Volker Bouffier geredet werden, der immerhin elf Jahre lang Innenminister gewesen ist.

Auch die Polizeigewerkschaften beklagen, dass die Polizei in Hessen von der aktuellen schwarz-grünen Landesregierung im Stich gelassen wird, die keine politische Vertretung der Polizeibeamtinnen und –beamten mehr bietet. Mehr als drei Millionen Überstunden und ein Krankenstand von durchschnittlich 30 Tagen im Jahr sprechen für sich.

Personalabbau hat die ohnehin vorhandene Belastung der Polizistinnen und Polizisten verstärkt, die –vom damaligen Innenminister Bouffier initiiert– mit 42 Dienststunden in der Woche zudem die längste Arbeitszeit in Deutschland haben. Darüber hinaus hat das Land die Beihilfe im Krankheitsfall, das Urlaubs- und das Weihnachtsgeld gekürzt oder gestrichen. Das war die ganz persönliche ‚Operation Düstere Zukunft‘ von Volker Bouffier im Jahr 2004. Es ist nicht verwunderlich, dass bei der Polizei der Unmut wächst, nachdem die Beamten 2015 zu einer Nullrunde verdonnert und in den Jahren danach von der allgemeinen Gehaltsentwicklung abgekoppelt worden sind. Wer diejenigen, die den Kopf für unsere Sicherheit hinhalten, mit Mini-Erhöhungen abspeist, muss sich nicht wundern, wenn die Moral leidet. Das muss aufhören, die Landesregierung muss unsere Polizeibeamtinnen und –beamten endlich anständig behandeln. Denn unsere Polizei verdient den Respekt der Politik.

Durch Erbschaftsteuer ungleiche Vermögensverteilung korrigieren

Die Neuregelung der Erbschaftsteuer im vergangenen Jahr war eine schwierige Geburt. Die Union wollte weitgehende Ausnahmen gestatten, die CSU die Erbschaftsteuer ganz kippen. Bundesrat und Vermittlungsausschuss haben aus Sicht der SPD weitere Verbesserungen gebracht. In einem Minderheitenvotum der Bundesverfassungsgerichtsentscheidung von 2014 ist festgestellt worden, dass die Erbschaftsteuer ein wichtiger Beitrag zur Herstellung sozialer Chancengleichheit sei. Die Erbschaftsteuer diene deshalb nicht nur der Erzielung von Steuereinnahmen, sondern sei zugleich ein Instrument des Sozialstaats, um zu verhindern, dass sich Reichtum in der Folge der Generationen in den Händen weniger anhäuft und allein aufgrund von Herkunft oder persönlicher Verbundenheit unverhältnismäßig anwächst. In diesem Sinne will die SPD die Erbschaftsteuer nutzen, um die ungleiche Vermögensverteilung in Deutschland zu korrigieren. Durch Freibeträge für nahe Angehörige wollen wir sicherstellen, dass die Erbschaft, zum Beispiel von Omas Häuschen, nicht versteuert werden muss. Die SPD steht dafür, dass Wohlstand vererbt werden kann, ohne dass zu hohe Erbschaftsteuerlasten entstehen. Wir wollen aber nicht, dass Millionenvermögen, manchmal sogar Milliardenvermögen vererbt werden und dabei keine oder nur geringe Erbschaftsteuer anfällt. Wer ohne eigene Leistungen Millionen erbt, kann mehr als andere zu guten Straßen, Schulen und besserer Sicherheit beitragen!

Transparenz bei der FSC-Zertifizierung für den hessischen Staatswald

Für die Bürgerinnen und Bürger Hessens ist der Wald ein Teil ihrer Identität. Das zeigte sich nicht zuletzt bei den vorangegangenen Debatten um das Hessische Waldgesetz. Eine nachhaltige und naturnahe Bewirtschaftung des Waldes ist daher im Interesse aller Beteiligten. Nun steht der Staatswald kurz vor einer FSC-Zertifizierung. Während die Landesregierung bei Großprojekten, etwa bei den Planungen der Bahnstrecke Hanau-Würzburg/Fulda, auf Bürgerbeteiligung und Transparenz setzt, plant sie die FSC-Zertifizierung des Staatswaldes -ein ebenso einschneidendes Vorhaben- völlig intransparent und ohne Beteiligung des Parlaments oder der Bürgerinnen und Bürger. Der hessische Staatswald gehört allen Hessen. Deshalb sollte die Gestaltung des Waldes endlich auf eine große Basis gestellt werden. Auch ist nicht ersichtlich, wie die im Rahmen des Personalkonzepts 2025 geplanten, erheblichen Stellenkürzungen bei Hessen Forst konform mit dem Schutz des Waldes gehen sollen. Deshalb sind weitere Stelleneinsparungen bei Hessen Forst nicht angemessen.

Die SPD fordert eine nachhaltige und naturnahe Bewirtschaftung des Waldes und begrüßt die Zertifizierung. Allerdings erwarten wir, dass ausreichend Personal vorhanden ist, um einer Zertifizierung auch gerecht werden zu können. Die Beschäftigten bei Hessen-Forst machen einen guten Job! Um die Zertifizierung aber umzusetzen und weiter nachhaltig zu arbeiten, brauchen wir mehr Forstleute, damit regionaler Mehrwert geschaffen wird und nicht Subunternehmer aus Osteuropa das Holz rücken. Wir kritisieren die Landesregierung dafür, den Weg einer FSC-Zertifizierung intransparent und abseits der Öffentlichkeit zu gehen. Deshalb fordern wir, die Pläne, weitere Forstämter FSC zertifizieren zu lassen, zunächst auszusetzen und dauerhaft einen runden Tisch einzusetzen, der sich mit den Belangen des Waldes -auch der Zertifizierung- in einem breiteren Interessensspektrum als bisher fachlich auseinandersetzt.